

Milder, Stephen: *Greening Democracy. The Anti-Nuclear Movement and Political Environmentalism in West Germany and Beyond 1968–1983*. Cambridge: Cambridge University Press 2017. ISBN: 978-1-107-13510-9; XVII, 280 S., 23 SW-Abb.

Rezensiert von: Eva Oberloskamp, Institut für Zeitgeschichte München – Berlin

Im Mittelpunkt des Interesses von Stephen Milder steht der Einfluss der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung der 1970er- und frühen 1980er-Jahre auf die Demokratie: Inwieweit – so ließe sich die in der Einleitung entfaltete Leitfrage des Buches zuspitzen – veränderten die alternativen Formen politischer Partizipation, die von Atomkraftgegnern praktiziert wurden, das liberale parlamentarische System der westdeutschen Demokratie (S. 4)? Milder hat für sein Buch, das die überarbeitete Fassung seiner bei Konrad H. Jarausch an der University of North Carolina at Chapel Hill verfassten Dissertation darstellt, umfangreiches Material ausgewertet – nicht nur Archivquellen der Anti-AKW-Bewegung selbst, sondern auch amtliche Überlieferungen sowie eine große Anzahl von Periodika. Zudem hat er zahlreiche Interviews mit Akteuren der Anti-AKW-Proteste geführt.

Ausgangspunkt der chronologisch gegliederten Darstellung sind die frühen Proteste gegen den Bau von Atomkraftwerken am Oberrhein. Die Formierung der Anti-AKW-Bewegung in dieser Gegend bis hin zu den Aufsehen erregenden und erfolgreichen Aktionen gegen das geplante Kernkraftwerk Wyhl nimmt vom Umfang her knapp die Hälfte des Buches ein (Kapitel eins bis drei). Obwohl bereits mehrere Studien zu diesem Themenkomplex vorliegen,¹ bildet die phasenweise geradezu mikrohistorische Darstellung, die wesentlich auf den geführten Interviews basiert, den gewinnbringendsten Teil der Studie: Es werden detailliert Entwicklungen nachgezeichnet, die sich in schriftlichen Überlieferungen nur fragmentarisch spiegeln – so vor allem zur Interaktion der lokalen Landbevölkerung mit Freiburger Studenten, Akademikern und durch die 68er-Revolution geprägten Akteu-

ren sowie zu den transnationalen Wechselwirkungen. Besonders interessant sind dabei die Ausführungen zu den grenzüberschreitenden deutsch-französisch-schweizerischen Kontexten, von denen die bundesdeutsche Anti-AKW-Bewegung anfangs wesentlich geprägt war.

Das vierte Kapitel weitet den Blick vom Oberrhein auf die gesamte Bundesrepublik und fragt nach der Vorbildfunktion der Wyhl-Proteste für die Anti-AKW-Aktivist*innen insgesamt. Milder zeigt dabei, dass in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre neben Graswurzel-Aktionen nach dem Wyhler Vorbild das konkurrierende Konzept von Großdemonstrationen trat, wie sie etwa in Brokdorf und im ostfranzösischen Creys-Malville stattfanden, und dass darüber hinaus die Beteiligung von linksalternativen und bürgerlichen Gruppen an den Protesten teilweise konflikthaft verlief. Milder schreibt vor allem den Graswurzel-Protesten das Potenzial zu, dauerhaft die Wertvorstellungen und kulturellen Selbstbilder der Aktivist*innen und damit auch ihre politischen Einstellungen zur Demokratie verändert zu haben. (Wie genau diese Veränderungen aussahen, bleibt freilich etwas vage und auch von der Quellenbasis her allenfalls exemplarisch belegt.) Im Hinblick auf die Darstellung der deutschlandweiten Anti-AKW-Proteste ist anzumerken, dass die Gewichtung der zentralen Orte der Proteste stellenweise fragwürdig erscheint; die Republik Freies Wendland bei Gorleben zum Beispiel findet fast gar keine Erwähnung.

In den Kapiteln fünf und sechs untersucht der Autor schließlich, wie sich die Anti-AKW-Bewegung im weiteren Verlauf zu den Institutionen etablierter Politik verhielt und wie sie dabei insbesondere mit der Möglichkeit umging, eigene Kandidaten bei Wah-

¹ Unter anderem Ulrich Eith, *Von Wyhl bis Karlsruhe. Bürgerproteste, Neue Soziale Bewegungen und die Gründung der Grünen*, in: Philipp Gassert / Reinhold Weber (Hrsg.), *Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg*, Stuttgart 2015, S. 113–136; Jens Ivo Engels, *Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980*, Paderborn 2006, S. 350–376; Dieter Rucht, *Wyhl: Der Ausbruch der Anti-Atomkraftbewegung*, in: Ulrich Linse (Hrsg.), *Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte. Laufenburg, Walchenseesee, Wyhl, Wackersdorf, Berlin 1988*, S. 128–164.

len aufzustellen. Auf Grundlage publizierter Quellen und der hierzu bereits vorliegenden Sekundärliteratur² zeichnet Milder zunächst den unübersichtlichen und komplexen Prozess erster „grüner“ Kandidaturen bei Kommunalwahlen nach. Er betont dabei unter anderem, die Positionen der ökologisch motivierten Kandidaten seien oftmals quer zum traditionellen Rechts-links-Gegensatz verlaufen. Ausgehend vom grünen Wahlkampf um Mandate für das 1979 erstmals direkt gewählte Europäische Parlament befasst sich die Studie im Folgenden vor allem mit den transnationalen Handlungsansätzen früher grüner Parteipolitik, die freilich in späteren Jahren immer mehr zurückgedrängt wurden. Instrukтив sind auch hier wiederum die detaillierte und quellengesättigte Beschreibung der Motivationen und Interaktionen einzelner Akteure sowie der transnationale Blick nach Frankreich.

In seinem Schlussteil bilanziert Milder, dass die Anti-AKW-Bewegung in der Bundesrepublik zu einer „Erneuerung der Demokratie“ (S. 239) geführt habe: Die erweiterten Möglichkeiten demokratischer Teilhabe, die durch die Proteste der 1970er-Jahre eröffnet wurden, hätten auf individueller Ebene ein neues Verständnis von der eigenen Bedeutung innerhalb der demokratischen Ordnung geschaffen und dadurch die Auffassung von „Demokratie“ für viele Bürger verändert. Allerdings sei das radikal-alternative Potenzial der transnationalen Graswurzel-Bewegung durch die an nationalen Koordinaten ausgerichtete Parteigründung der „Grünen“ letztlich verloren gegangen (S. 245f.).

Kritisch anzumerken ist erstens ein gewisser Mangel an Begriffsschärfe. Beispielsweise wird der Begriff „Demokratie“, der eine zentrale Kategorie der Studie bildet, an keiner Stelle präzisiert. Dadurch bleibt letztlich vage, was überhaupt genau untersucht werden soll. Zweitens verzichtet die Arbeit auf die Analyse struktureller Kontexte und damit auch auf die Benennung von Erklärungsfaktoren. So wird dem Leser die vergleichsweise schwächere Ausprägung der französischen Anti-AKW-Bewegung, die im Gegensatz zum westdeutschen Fall nicht in eine erfolgreiche Parteigründung mündete, nur ansatzweise verständlich. Milder verweist noch nicht ein-

mal explizit auf die Unterschiede im Wahlsystem, das in Frankreich kleinen Parteien kaum die Möglichkeit parlamentarischer Partizipation bietet. Auch die ausführlich beschriebene Tatsache, dass innerhalb der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung transnationale Handlungsansätze immer mehr zurückgedrängt wurden, bleibt ohne weitere Erläuterungen im Raum stehen. Es wird nirgends darauf verwiesen, dass die Umwelt- und Energiepolitik der einzelnen Staaten in den 1970er- und 1980er-Jahren wesentlich durch nationale Strukturen und Zusammenhänge geprägt war und Veränderungen somit auch primär im nationalen Rahmen zu erreichen waren. Drittens hat die Grundkonzeption der Studie insofern eine gewisse Schiefelage, als Milder zwar nach generellen Wandlungsprozessen der Demokratie fragt, dann aber im Wesentlichen die Binnenperspektive der Bewegung untersucht. Diese erlaubt aber letztlich nur Rückschlüsse auf das gesellschaftliche Segment der Anti-AKW-Aktivist*innen. Dadurch bleibt unklar, wie die sich um 1980 herausbildende Koexistenz von außerparlamentarischer Graswurzelbewegung und grüner Partei im Hinblick auf größere politische und gesellschaftliche Zusammenhänge zu gewichten sein mag. Milders abschließendes Urteil, dass es sich dabei um einen grundlegenden Wandel demokratischer Praxis in der Bundesrepublik gehandelt habe (S. 234–236), erscheint angesichts der tendenziellen Außerachtlassung jener Bereiche, die nicht der Anti-AKW-Bewegung nahestanden, kaum hinlänglich begründet. Aus heutiger Sicht stellt sich zudem die Frage, ob der Autor nicht auch die langfristige Wirksamkeit des diagnostizierten Wandels überschätzt.

Zu würdigen ist jedoch, dass Stephen Milder umfangreiches Material zusammengetragen hat und sehr dichte Beschreibungen zu zahlreichen Einzelentwicklungen liefert, die erzählerisch gelungen sind und lebendig dargestellt werden. Insofern handelt es sich trotz der genannten Monita um ein lesenswertes Buch, das anschauliche und tiefe Einblicke in das Handeln, die Motivationen und auch in die deutsch-französische Vernetzung von

² Verwiesen sei insbesondere auf Silke Mende, „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.

Atomkraftgegnern erlaubt.

HistLit 2017-4-065 / Eva Oberloskamp über
Milder, Stephen: *Greening Democracy. The
Anti-Nuclear Movement and Political Envi-
ronmentalism in West Germany and Beyond
1968–1983*. Cambridge 2017, in: H-Soz-Kult
30.10.2017.